

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

9.10.1919 (No. 236)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 A 90 P — Einzelnummer 15 P — Anzeigengebühr: die 7 mal gesparte Seite oder deren Raum 35 P zuzüglich 30 % Feuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten v. Schlachtvieh u. Schlachtpferden.

Nach der Freigabe der Häute- und Lederbewirtschaftung setzte eine bedeutende Steigerung des Preises für die Häute und Felle ein. Dem Wunsche der Landwirte auf Beteiligung an diesen Mehrerlösen ist durch die Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums vom 23. September 1919 über die Verwendung des Mehrerlöses von Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden entsprochen worden. Hiernach sind die Mehrerlöse, die sich aus der Steigerung der Häute und Felle von Rindern, Rälbern, Schafen, Pferden und anderen Einhufern gegenüber den früheren Höchstpreisen ergeben, zu je 1/2 an den Tierhalter, das Reich und den Kommunalverband zu verteilen. Die Reichsfleischstelle ermittelt nach Anhörung von Sachverständigen des Metzgergewerbes und des Häutehandels bis zum 15. eines jeden Monats, evigmalig bis zum Tage des Inkrafttretens der Verordnung, auf Grund der vorhergegangenen Häuteauktionen den Mehrerlös, berechnet jeweils für die Zeit bis zum 14. nächsten Monats, welcher Mehrerlös auf den Zentner Lebendgewicht entfällt, und stellt durch Bekanntmachung fest, wieviel als Häutezuschlag an den Tierhalter und als Anteil an das Reich zu zahlen ist. Für die Zeit bis zum 14. Oktober 1919 ist der Mehrerlös von der Reichsfleischstelle berechnet worden, und zwar auf den Zentner Lebendgewicht wie folgt:

bei Rindern	54.— M.
bei Rälbern	75.— M.
bei Schafen	60.— M.
bei Pferden	21.— M.

So daß an den Landwirt neben dem Höchstpreis bei der Abnahme des Viehes zu bezahlen ist:

bei Rindern	18.— M.	für den Zentner Lebendgewicht,
„ Rälbern	25.— „ „ „ „	„
„ Schafen	20.— „ „ „ „	„
„ Pferden	7.— „ „ „ „	„

Es wird erwartet, daß nach Gewährung dieses Zuschlages die Viehablieferung wieder in geordneter Weise erfolgt. Der an das Reich abzuliefernde Anteil soll zum Nutzen auf des Ausland eingeführten Fleisch dienen. Über die Verwendung des Restes bestimmt der Kommunalverband mit der Maßgabe, daß dieser Betrag zur Herabsetzung der Fleischpreise und erforderlichenfalls zur Erhöhung des Wohlergehens der Metzger zu verwenden ist. Der Häutezuschlag ist bei der Abnahme der Tiere neben dem Höchstpreis an den Tierhalter zu zahlen.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung machte der Präsident zunächst Mitteilung von dem Anschlag auf den Abg. Gause. Er sprach die Hoffnung aus, daß keine schlimmen Folgen eintreten möchten. Die Körperparteien sollen nicht verletzt sein. Über die Gründe zu der Tat ist nichts bekannt. Ich nehme an, im Sinne des Hauses zu handeln, wenn ich dem Abg. Gause, seiner Familie und seiner Partei unsere Teilnahme ausdrücke. Das Haus hat sich erhoben. Der Präsident macht weiter Mitteilung davon, daß, da Abg. Gause heute nicht, wie vorgesehen sei, zum Haushalt sprechen könne, die Weiterberatung nach der Rede des Abg. Stresemann ausgesetzt werden solle.

Zur zweiten Beratung des Haushalts: Reichskanzler erhält das Wort

Abg. Stresemann (D.R.): Die Regierung muß sich auch die Arbeitslast der Führer auf wirtschaftlichem Gebiete sichern, und zwar der Unternehmer des industriellen Mittelstandes. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeit wird in unserer Zeit nicht produktiv fördernd wirken, sondern zu politischen Kämpfen zwischen den Arbeiterparteien führen. Offenlich müssen wir den Eintritt der Demokratie in die Regierung nicht mit der unerminderten Annahme des Betriebsrätegesetzes begreifen. Der Reichswirtschaftsrat muß eigene Initiativen haben ohne parteipolitische Einflüsse. Das angekündigte Heimstättengesetz begrüßen wir. Bei der allmählichen Wiedereinführung der freien Wirtschaft muß den führenden Stellen, dem ehelichen Handel wieder der ihm zustehende Einfluß eingeräumt werden. Das Mittengesetz soll geändert werden, damit nicht noch mehr Anteile von wichtigen großen Instituten in die Hände der Feinde übergehen. Meine Freunde lehnen den monarchistischen Putsch entschieden ab, aber innerhalb der Verfassung für den monarchistischen Gedanken zu wirken, halten wir für unser gutes Recht. Was meint der Reichskanzler damit, die sogenannte Vaterlandsliebe der Deutsch-Nationalen dürfe man nicht länger frei herumlaufen lassen? Will man den von den Sozialdemokraten einst so heftig bekämpften Belagerungszustand noch schärfer anwenden? Die Regierung sollte doch nicht allzu scharf betonen, daß wir die Bedingungen des Friedensvertrages reiflos erfüllen müssen. Wenn sich in Rußland der Bolschewismus noch hält, so nur darum, weil die herrschenden Männer sich ganz von den bolschewistischen Grundfäden abgewandt haben. Die rote Garde ist ganz nach den Wünschen der zaristischen Armee aufgebaut. In den Fabriken herrscht eiserne Disziplin wie unter den alten Fabrikleitern. Wir glauben, die Hoffnung nicht aufgeben zu müssen, daß auch wir wieder in eine bessere Lage kommen werden, aber nur, wenn wir zurückkehren zur alten Einfachheit, Ordnung und Unterordnung. (Beifall rechts.)

Reichswehrminister Noske kommt auf die baltische Frage zurück. Es ist jetzt nicht erreichbar, wenn Presse oder Abgeordnete auf die Truppen so einwirken, als ob sie recht hätten, dort zu bleiben. Das Vaterland muß vor neuen Bedrohungen bewahrt bleiben. Der Aufruf des Majors Bischoff ist ein Zeichen von Unbotmäßigkeit, der alles Maß überschreitet. Es wird gegen ihn kriegerisch vorgegangen werden. Die kriegerische Unterjochung ist eingeleitet. Ich richte im übrigen an die Presse die Mahnung, unsere Arbeit nicht zu erschweren. General von der Goltz ist ganz korrekt vorgegangen. Es ist gemeingefährlich, wenn die Truppen von ihren Führern in ihrer Wehrselbstliebe bestärkt werden. Ich kann den Deutsch-Nationalen diesen Vorwurf nicht ersparen. Das Gros der Offiziere hat sich immer aus armen Leuten zusammengesetzt, die ihre Ehre darin gesehen haben, ihr Vaterland zu verteidigen. Weiter haben sie nichts zu sagen. (Lärm und Widerspruch rechts.) Das bischen militärischer Apparat, das mit ungeheurer Mühe aufgestellt wurde, wird jetzt absichtlich verwirrt. Ein Pamphlet, das die Soldaten in ihrem Widerstande bestärkt, ist von der „Deutschen Tageszeitung“ im Auftrage des Parteivorstandes der Deutsch-Nationalen gedruckt worden. Ich habe Strafentwurf gestellt. Solange wir die Geschicke der Regierung führen, wird unseren Worten, wenn möglich, auch die Tat folgen. (Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Das Kapitel Reichsanwalt wird bemittelt. Es folgt die Beratung der Reichsjustizverwaltung. Abg. Waldstein (Dem.): Das Amt des Reichsjustizministers wird von höherer politischer Bedeutung, wenn die Beziehungen der Völker auf das Recht gegründet werden sollen. Ebenso wird in einer demokratischen Regierung die richtige Stellung der Justiz von größter Wichtigkeit sein.

Der Präsident bittet, da demnächst schon der neue Etat eingehen wird, bei der Beratung dieses Etats nur das Allernotwendigste vorzubringen. Dies entspricht dem Wunsche des Altpräsidenten.

Reichsjustizminister Schiffer: Ich bin ganz damit einverstanden, daß die Politik nicht in das Recht eingeführt wird. Es muß der Rückweg zum Rechtsstaat gefunden werden, aus der Revolution zum Gesetz. Was eine Anfrage des Abg. Waldstein angeht, so bemerke ich, daß eine Amnestie jetzt nicht beschäftigt ist. Es wurde davon zu viel Gebrauch gemacht (Zustimmung) und das ganze Wesen der Amnestie paßt nicht in den heutigen Staat. Entwürfe zur Strafprozessordnung und zur Gerichtsverfassung sind in Arbeit und werden demnächst dem hohen Hause zugehen, wie sie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. (Bravol.) In dem äußeren Aufbau der Strafen und in dem inneren Gefüge des Rechts muß die vollständige Rechtsanschauung zum Ausdruck kommen. Ich werde auf einen sorgfältig durchgearbeiteten Richtungsstand nicht verzichten, aber ebenso soll dem Laienrichtertum der ihm gebührende Platz werden. (Beifall.)

Abg. Gohn (U.S.) verlangt Abänderung der Schulhaftbestimmungen; Amnestie für politische Vergehen sei auch in der Republik angebracht.

Abg. Singheimer (Soz.): Untersuchungshaft und Strafvollzug müssen gründlich reformiert werden. Ebenso nötig sei eine zivile Prozessordnung.

Reichsminister Schiffer: Es wäre zu erwägen, ob die Ausübung der Justiz von Reich wegen zu regeln ist. Gewiß muß der reine Formalismus bekämpft werden. Nicht müssen aber möchte ich den rechtsgeschichtlichen Unterricht.

Der Haushalt der Reichsjustizverwaltung wird ohne weiteren Erörterungen angenommen.

Es folgt die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Wurm (U.S.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Abg. Dr. Wirth (Ztr.) bittet um baldige Neuregelung des Verordnungswezens, damit die Einzelstaaten nicht demnach abweichende Stellen und Tarife für ihre Beamten und staatlichen Arbeit aufstellen.

Finanzminister Erzberger: Ein einheitlicher Plan der Finanzreform ist sehr wohl vorhanden. Das Reich wird jetzt selbst Herr seiner Steuerquellen und Ausgaben. Das ist ein wichtiges Schritt zum Einheitsstaat. Die deutschen Länder müssen große Opfer bringen. Die Organisation der Landesfinanzämter ist nicht ganz fehlerlos, sie ist aber an einzelnen Stellen gut. Nach ein oder zwei Jahren könnte sie nach den gemachten Erfahrungen reichsgesetzlich neu geregelt werden. Inzwischen dürfte auch die deutsche Einheitsstaat weitere Fortschritte gemacht haben. Wir brauchen auch ein Steuerrecht. Die Reichsabgabenordnung muß schleunigst verabschiedet werden. Damit wäre nun das Fundament gelegt zum weiteren Ausbau. Das Reich kann nicht warten, bis alle Gesetze verabschiedet sind. Darum muß die Steuerfrage vorweg genommen werden, die das Vermögen in seiner Gesamtheit belastet. Dazu verpflichtet uns die Finanznot des Deutschen Reiches. Die neue Verordnungsordnung soll vorgelegt werden, so daß sie im Frühjahr 1920 in Kraft treten kann, vorausgesetzt, daß die Verzögerung der Eisenbahn und Post noch in diesem Winter erfolgt, wozu Hoffnung vorhanden ist. Das Ministerium hat mit den direkten Verhandlungen mit den Beamten der Steuer- und Zollverwaltung die besten Erfahrungen gemacht. Auch bei der neuen Verordnungsordnung werden sich die direkten Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen empfehlen.

Abg. Stolte (Soz.) will die Landesfinanzämter der Unterelbe und Weser anders geteilt wissen.

Der Haushalt des Reichsfinanzministeriums wird angenommen. Hierauf vertritt sich das Haus um morgen 1 Uhr. Interpellation Scheidemann wegen der Lebenspreise und Fortsetzung der Haushaltsberatungen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Kommunalpolit. Rundschau.

Sparfame Bauweisen und Aufgaben der Gemeinden. Von Baurat Georg Linde, Jever i. Oldbg.

90 v. H. aller Wohnungen sind Kleinwohnungen. An solchen ist daher auch am meisten Mangel. Es wäre nun denkbar, in der Weise sparsam zu arbeiten, daß man die Ansprüche an die Wohnfläche herabsetzt. Aber abgesehen davon, daß ohnehin besonders in den Großstädten, und auch sonst mehr oder weniger überall, große Mengen der Bevölkerung an Fläche und Rauminhalt unzureichende Wohnungen haben, wäre dies ein gänzlich untaugliches Mittel, denn es würde nur noch mehr zur Unzufriedenheit und Schürung der Klassengegensätze beitragen. Im Gegenteil muß allgemein danach getrebt werden, für alle Kreise genügend große Wohnungen zu schaffen und in anderer Weise sparsam zu arbeiten. Ob wir dabei freilich gleich soweit gehen müssen, wie neuerdings in England, ist fraglich. Neuere Entwürfe für englische Arbeiterhäuser sehen z. B. eine Wohnfläche von 74 qm in sechs Räumen vor. Nun sind in England die Wohnverhältnisse schon früher andere gewesen als bei uns. In vielen Teilen überwiegt das Einfamilienhaus. 53,2 v. H. aller Wohnungen enthielten bereits 1901 in England fünf und mehr Räume, 1911 waren es bereits 60,1 v. H. Solche Zahlen werden wir in Deutschland wohl nie erreichen, aber sie geben auch uns zu denken. Man wird kaum bestimmte Vorschriften über die notwendige Größe allgemein machen können. Die örtlichen Verhältnisse und Gebräuche sind zu verschieden. Man müßte jedoch allmählich überall ein bestimmtes Mindestmaß zu erreichen suchen. Den besten Anhalt dazu werden immer die Wohnungen der Baugenossenschaften bieten, bei deren Erstellung die Inhaber bereits mehr oder weniger mitgewirkt haben, und bei denen auch statistische Angaben, Mittlungen über Brauchbarkeit, Mängel, Nachteile, genügende Größe u. a. am leichtesten zu erhalten sein werden. Die Not der Zeit zwingt schon an vielen Orten zu einer „Rationierung“ der Wohnungen. Gilt das für alte, so wird es aber auch für neue Anwendungen finden müssen. Sache der Aufsichtsbehörden der Gemeinden wird es dann sein, einen bestimmten Einfluß auf die Größe der Wohnung auszuüben, und im Interesse der Allgemeinheit sparsam mit den vorhandenen Baustoffen zu wirtschaften, ohne aber dabei zu einem kulturellen Rückschritt zu kommen. In einem gewissen Grade zwingen zu solchen Maßnahmen jetzt und in nächster Zeit die Vorschriften über die Gewährung von Baufostenzuschüssen. Aber eine bestimmte Wohngröße hinaus werden sie nicht gewährt. Nach unten hin hat man aber keine Grenze gezogen, man will es anscheinend den Gemeinden überlassen. Der Bau von großen Wohnungen wird daher vorläufig im allgemeinen nicht mehr möglich sein. Pflicht der Gemeinden wird es allerdings auch sein, zu verhindern, daß dennoch große Wohnungen ohne Rücksicht auf die Kosten von solchen Leuten gebaut werden, die Geld genug haben, um auch ohne Zuschüsse auskommen zu können. Sparsam bauen heißt eben auch die Baustoffe nur dafür verwenden, wofür sie im Interesse des Ganzen unbedingt nötig sind. Wesentlich beeinflusst wird nun aber die Ausführung der Bauten durch die baupolizeilichen Vorschriften und Bauordnungen. Auf diesem Gebiet ist vor dem Kriege recht üppig verfahren worden, insofern als allmählich die Anforderungen auch für Kleinwohnungen und Kleinhäuser in Stadt und Land immer größer wurden, weil man im wesentlichen Großstadtbauten als grundlegend ansah. Dank richtiger Arbeit tüchtiger Fachleute, Organisationen aller Art und der zuständigen Behörden wurde dann bereits während des Krieges eifrig an Änderungen gearbeitet. Das Ergebnis sind die Sonderbauordnungen für Kleinhäuser, die baupolizeilichen Erleichterungen für Mittelhäuser und die verschiedenen Erlasse der Reichs- und Staatskommissionen für das Wohnungswesen über Anwendung von Ersatzbauweisen. Man hat vor allem dabei auch erkannt, daß es verkehrt wäre, im Wohnungswesen zu schematisieren. Die alten Sitten und Gebräuche in den verschiedenen Landesteilen sollen weitgehend Beachtung finden. Gerade aber das Herborrufen von Altbewährtem wird uns wieder sparsam lehren. Doch auch das Neue soll überall, wo es geht, zur Anwendung kommen, wenn man dadurch wirklich sparen kann.

Politische Neuigkeiten.

Eine deutsche Note über die Volksabstimmung in Eupen und Malmedy.

Der deutsche Vertreter überreichte H. W. A. in Versailles eine Note, worin über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinsichtlich der Volksbefragung in den Kreisen Eupen und Malmedy vollkommene Klarheit verlangt wird, die umso notwendiger sei, als die Bevölkerung die Ungewissheit über die Einzelheiten des Abstimmungsverfahrens drückend empfinde und als die belgischen Behörden mehr und mehr für die freie Stimmabgabe keine Garantie bietende Haltung einnehme. Die deutsche Regierung schlägt vor, daß das Stimmrecht allen Personen beiderlei Geschlechts gewährt werde, die beim Inkrafttreten des Friedensvertrages das 20. Jahr vollendet haben und im Gebiet geboren sind oder dort seit dem 1. November 1918 ihren Wohnsitz haben. Ferner wird deutschseits vorgeschlagen, daß die Abstimmung in den einzelnen Gemeinden oder in den Bürgermeistereien stattfinden, da nur eine gemeindeweise Abstimmung die nötigen klaren Unterlagen für eine Entscheidung biete. Die deutsche Regierung bemängelt ferner die besondere Unklarheit, die über die bei der Abstimmung vorzuliegenden Fragen herrscht. Sie schlägt vor, daß die diesen Abstimmungs-

zugrunde liegenden Fragen einfach lauten sollen: „Vereinigung mit Deutschland oder mit Belgien“, welche Fassung im Interesse der Freiheit der Abstimmung unumgänglich notwendig sei, da wenn die Bewohner darüber abzustimmen hätten, ob sie deutsch bleiben wollen, jeder zur Abstimmung Erscheinen von den belgischen Behörden nachteilig behandelt werden könnte. Es wird deutscherseits die Einsetzung einer vom Völkerbunde zu ernennenden Kommission vorgeschlagen, der weder Deutsche noch Belgier angehören, sowie der geheime Charakter der Abstimmung gefordert. Es wird in der Note darauf hingewiesen, daß durch das Verhalten der Belgier die irrtümliche Ansicht gefestigt werde, daß wer für Deutschland stimme, auch für Deutschland optiere. Auch werde von belgischer Seite behauptet, die Abstimmung werde öffentlich sein. Die deutsche Regierung sehe das beste Mittel gegen diese Treibereien darin, daß über die noch zweifelhafte Frage der Abstimmung Klarheit geschaffen werde und ersucht die alliierten und assoziierten Mächte um eine baldige Erklärung über diese Punkte.

Ein Anschlag auf den Abg. Haase.

Vor dem Reichstagsgebäude unternahm gestern ein anstößig geisteskranker Verbrecher einen Mordanschlag gegen den Abg. Haase. Das R.A.B. berichtet darüber:

Wenige Minuten nach 1 Uhr gab vor dem Reichstagsgebäude ein Zivilist sechs Schüsse auf den das Gebäude betretenden Abg. Haase ab. Dieser ist in den Unterleib, Unterarm und am Unterarm getroffen. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet und in das Reichstagsgebäude gebracht.

Die Verletzungen des Abg. Haase scheinen nicht gefährlicher Natur zu sein. Der Täter, der Lederarbeiter Jos. Böh, geb. am 7. Juni 1868 zu Wiener Neustadt, wohnhaft in Berlin, wurde im Laufe des Nachmittags im Polizeirevier in der Mittelstraße vernommen. Abends erfolgte seine Überführung zum Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Der Mann gab bei seiner Vernehmung noch an, sein Vater sei ein Reichsdeutscher aus Lübeck. Er habe die Tat bei vollem Bewußtsein und bei voller Reue begangen, weil es so nicht weitergehen könne. Er war auch der Meinung, daß er Haase getötet habe und sprach seine Genugtuung darüber aus. Auf der Wache erklärte er, er sei schon seit längerer Zeit in Berlin, jedoch politisch nicht tätig gewesen. Er habe einem inneren Drange Folge geleistet. Später gab er an, er habe die Tat vollzogen, um dem Abg. Haase einen Denkzettel zu geben, weil dieser gegen ihn einen Prozeß wegen Erpressung angestrengt habe. Er habe nicht die Absicht gehabt, ihn zu töten.

Dem „Vorwärts“ zufolge macht der Attentäter den Eindruck eines Geisteskranken. Haase wurde in das St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht. Er war bei dem Attentat von seiner Gattin begleitet, die unverletzt geblieben ist.

Von zuständiger Stelle wird noch mitgeteilt: Zur Kenntnis über die Person des Attentäters auf den Abgeordneten Haase mögen noch folgende Tatsachen angeführt werden: Vor genau einem Jahre wandte sich Johann Böh, ebenso seine Ehefrau in verschiedenen Briefen an das preuß. Finanzministerium mit der Behauptung, daß bei der Ziehung der Preussisch-Massenlotterie Unregelmäßigkeiten vorkämen. Den Eingaben und Briefen, die voller Beleidigungen waren, waren Flugblätter beigelegt, die denen gleich sind, wie sie heute bei dem Attentäter gefunden wurden. Die Staatsanwaltschaft leitete auf Antrag des damaligen Finanzministers Bergt am 21. Oktober 1918 ein Strafverfahren, das von Dr. Sidelmann erneuert wurde, gegen die Eheleute Böh wegen Beleidigung und Erpressung ein. Infolge Amnestie wurde das Verfahren wegen Beleidigung aufgehoben, wegen des Verfahrens wegen Erpressung fortgesetzt wird. Böh scheint also nicht nur ein leidenschaftlicher Gegner des unabhängigen Abgeordneten Haase, sondern auch der früheren und jetzigen Regierung zu sein, wie aus vorgefundenen Flugblättern hervorgeht. Nach seinen mehrfachen Erpressungsversuchen zu urteilen, handelt es sich um einen gemeingefährlichen Menschen. Er selbst gibt an, daß Haase gegen ihn einen Prozeß wegen Erpressung geführt habe.

Die ärztliche Untersuchung des Abgeordneten Haase ergab am rechten Bein einen Durchschuß des Unterschenkels sowie einen Stechschuß im Oberschenkel. Eine Schramme am Ellenbogen ist augenscheinlich durch Sturz verursacht. Der Zustand des Verwundeten läßt seine Wiederherstellung in etwa 8 Tagen erwarten.

Das Saargebiet im Belagerungszustand.

Aus Saarbrücken meldet das R.A.B. unterm 8. ds.: Die französische Militärbehörde teilt mit: Am Montag begann ein Ausstand in Wülflingen, anscheinend hervorgerufen durch die Lebensmittelverknappung. Gestern morgen hat sich der Streik auf die Eisenbahnen und verschiedene Werke von Saarbrücken und Umgebung ausgedehnt. Eine große Kundgebung von Streikenden hat in Saarbrücken stattgefunden. Einige Anführer, die verhaftet worden sind, wurden wieder freigelassen. Leider ist es auch im Laufe des heutigen Tages mehrfach zu Ausschreitungen und Plünderungen von Läden und Geschäften gekommen, an denen jedoch den Ausständigen nicht die Schuld beigemessen werden darf. Die „Saarbrücker Zeitung“ gibt als erste Ursache des Streites die Verhaftung zweier Vertrauensleute der Hauptwerkstätte Saarbrücken-Wurde an.

General Andlauer erläßt durch Maueranschlag folgende Proklamation:

„Seit 4 Uhr nachmittags finden Unruhen in den Straßen Saarbrückens statt. Verschiedene Läden sind geplündert worden. Die Angestellten der Bahn streiken. Einige Metallarbeiter haben sich den Streikenden angeschlossen. Nach eingegangenen Nachrichten soll morgen das ganze Saargebiet streiken.“ Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verhängt der General als oberster Vorgesetzter des Saargebietes zunächst den Belagerungszustand über das Saargebiet. Niemand darf sich nach 9 Uhr abends auf der Straße aufhalten, es sei denn, daß er nachweislich Dienst verrichtet. Das Zusammensteigen und das Abhalten von Versammlungen wird nicht geduldet. Weitere Maßnahmen werden in Kürze getroffen werden.

* Von der italienischen Sozialistenkonferenz

meldet die L.-U. aus Lugano:

Nach einer stürmischen Schlusssitzung der Sozialistenkonferenz in Bologna wurde mit 48 000 gegen 18 000 Stimmen das maximalistische Programm angenommen. Dieses Programm fordert die gewaltsame Aufrüstung der proletarischen Diktatur mit Arbeiter- und Soldatenräten als Mittel für die Einrichtung der kommunistischen Wirtschaftsordnung.

Kleine Nachrichten.

* Abberufung französischer Generale. Die Pariser Zeitungen melden, daß General Mangin von seinem Kommando in Mainz abberufen ist und daß er zur Verfügung des Kriegsministers gestellt wurde. — General Fayolle, der im besetzten Rheingebiet einer Armee befehligt, ist abberufen worden. Wie der „Temps“ meldet wird er jedenfalls an die Spitze der

interalliierten militärischen Kommission gestellt werden, die die Entwaflung Deutschlands zu überwachen hat.

Amerika und der Friedensvertrag. Laut Pressebureau kam es im amerikanischen Senat zu einer scharfen Debatte über den Friedensvertrag. Beim Verlassen des Parlaments erklärte Giddens den Republikanern, den Friedensvertrag so wie er ist und ohne Vorbehalt anzunehmen oder in zu Fall zu bringen. Damit solle die Schuld, den Friedensvertrag vereitelt zu haben, die Republikaner treffen. Von einem Kompromiß könne keine Rede sein. Senator Johnson setzte seine Kundreise, auf der er gegen den Friedensvertrag redet, fort. Senator Mac Cormick rüddelt an das Staatsdepartement die Anfrage, ob Amerika gegen den englisch-jerbischen Vertrag bei England Vorstellungen erhoben habe.

* Schwere Unruhen in Moskau. „Verlinske Tidende“ meldet aus Selsingfors: Aus Riga laufen andauernd Meldungen ein über schwere Unruhen in Moskau. Es heißt, daß Lenin befohlen habe, Trotsky zu verhaften, das Ergebnis sei aber gewesen, daß es Trotsky gelungen sei, die Oberhand zu gewinnen, wobei q; Lenin verhaftet ließ.

Badische Ueberlicht.

Früherer Zusammentritt des bad. Landtags.

oc. Wie wir hören, wird der bad. Landtag aller Voraussicht nach in der nächsten Woche zusammentreten und zu der Forderung einer Beschaffungszulage für die Beamten und Staatsarbeiter Stellung nehmen. Die Angelegenheit dürfte in einer Sitzung ihre Erledigung finden.

Die Teuerungszulage im interfraktionellen Ausschuß.

oc. Der aus Mitgliedern der einzelnen Fraktionen des badischen Landtags gebildete interfraktionelle Ausschuß hatte am Dienstag nachm. mit den Vertretern des badischen Beamtenbunds, des Verbands des deutschen Verkehrspersonals Gau Baden und des Badischen Eisenbahnerverbandes eine längere Besprechung, über die von diesen Organisationen geforderte neue Beschaffungszulage. Von den Beamten- und Arbeitervertretern wurde auf die zunehmende Teuerung und die Notlage weiter Kreise der Beamten und Staatsarbeiter hingewiesen, und betont, daß eine alsbaldige neue Zulage notwendig sei. Der Landtag müsse früher als vorgehen zusammentreten und zu den Forderungen Stellung nehmen. Verlangt wurde ferner, daß noch in diesem Monat die Hälfte der Beschaffungszulage zur Auszahlung komme. An der Aussprache beteiligten sich die Abg. Helfrich (Zentr.), Sörter (Soz.), Dr. Reiser (Dem.) und Maier-Heidelberg (Soz.), von ihrer Seite wurde erklärt, daß sie nicht in der Lage wären, bindende Erklärungen über die Beschaffungszulage zu geben, sondern ihre Aussprache mit den Beamten- und Arbeitervertretern lediglich informatorischer Natur sei. Man kam zu dem Resultat, eine Kommission aus den obengenannten drei Organisationen zu bilden, die in Verbindung mit dem interfraktionellen Ausschuß mit der Regierung unterhandeln soll.

Eisenbahnerforderungen.

oc. Eine am Sonntag in Karlsruhe abgehaltene stark besuchte Konferenz der Organisationsführer der Bezirksobmannschaft Karlsruhe des Badischen Eisenbahnerverbandes sprach in einer Entschließung ihr Bedauern aus, daß die Regierung ihr gegebenes Versprechen betr. den Abbau der Lebensmittel- und Bedarfsartikel nicht eingehalten habe, indem die allernotwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel fürchtbar in die Höhe gegangen seien. Die Konferenz sprach die Erwartung aus, daß die Regierung ihr Versprechen einlöst und nahm ferner Stellung zu der Ostbelieferung des Eisenbahnpersonals. Man erwarte bestimmt, daß die Disbvermertergesellschaft das Eisenbahnpersonal mit Obst beliefern. Nach Mitteilungen aus den Ostgebieten werde Obst immer noch durch Schieber aufgekauft und den Marmeladefabriken zugeführt. Diesem Treiben, so heißt es in der Entschließung weiter, schämen die Eisenbahner mit Gewehr bei Fuß nicht mehr länger zu, während sie des Obstes entbehren. Mit Entschiedenheit forderten sie eine ausreichende Belieferung, da Obst in genügender Menge vorhanden ist. Die Eisenbahner seien mit bestem Willen entschlossen, wenn ihren Forderungen in aller nächster Zeit nicht nachgegeben werde, und die Regierung eingreifen nicht in der Lage sei, im ganzen Lande zur Selbsthilfe zu greifen.

Die Kartoffelverförgung.

Unter dem Vorsth des Ministers Kemmle fand gestern nachmittag im Ministerium des Innern eine Besprechung statt, zu der u. a. die Vertreter der Städte Mannheim, Karlsruhe, Freiburg usw., insbesondere auch die Amtsvorstände der ländlichen Absatzbezirke geladen waren. Die Aussprache galt der Frage der Kartoffelverförgung. Im Laufe der Sitzung wurde festgestellt, daß im allgemeinen die Kartoffelernte in Baden günstig ausfällt. Während in der Bodenseeregion die Ablieferung bereits im Gange ist, sind damit die anderen Landesteile noch im Rückstande. Die Ursache der gegenwärtigen Lage ist zunächst in der diesjährigen ungewöhnlich langen Regenzeit zwischen der Früh- und der Spätartoffelernte zu suchen, sodann in der von der städtischen Bevölkerung zum großen Teil durch gegenseitige Preisüberbietung verursachten Belagerung vieler Landwirte, zum festgesetzten Höchstpreis von 7,50 M. pro Zentner abzuliefern. Da Baden Bedarfsland ist, soll es nicht unerhebliche Mengen außerbadische Kartoffeln erhalten. Hohenollern wird die zugesagten 120 000 Zentner liefern können. Aus Hessen sollen wir 50 000 Zentner bekommen. Nur aus zwei Lieferungsgebieten, Bayern und Sangerhausen, ist erklärt worden, daß sie uns nichts liefern könnten.

Verschiedene Amtsvorstände gaben, wie die Obersth. Korresp. berichtet, ihre Ansichten über die Kartoffelablieferung wieder. Es sprachen die Amtsvorstände von Emmendingen, Bretten, Eimsheim, aus dem Seckreis und anderen Orten. Alle betonten, daß die Landwirte mit dem Preis von 7,50 M. nicht zufrieden sind und höhere Preise wollen, weil die Städte und viele Fabriken die Preise in die Höhe getrieben haben.

Eine scharfe Kritik erfuhr das Bezugscheinverfahren, das außerordentlich ungenügend werde; dadurch würde es den Städten unmöglich gemacht, sich in genügender Menge mit Kartoffeln einzudecken.

Minister Kemmle, wie andere Regierungsvetreter, sprachen sich gegen eine Preissteigerung aus. Es habe sich gezeigt, daß die Leute ohne Not das Land mit Bezugscheinen überlaufen und sich in den Städten gegenseitig überboten, indem sie 12 M. und mehr für den Zentner gahlten. Das seien dann dieselben Leute, die in der Stadt wieder über Bücher und Schleichhandel schämpten und der Regierung ständig Ultimata stellten, falls sie nicht genug Lebensmittel herbeischaffe. Die Eisenbahnhauptverhältnisse gingen bei den Anträgen allen Fabriken voran, weil ihnen die Verwaltung den Unterschied zwischen dem

Höchst- und dem Anschaffungspreis erzeuge. Der Fiskus zahle auf diese Weise riesige Geldsummen für Preisüberbietungen. Das sei ein unhaltbarer Zustand, der aufgehoben müsse. Eine Erhöhung des Höchstpreises würde sofort wieder eine große Erregung im Lande hervorrufen und Anlaß zu weiteren Gehalts- und Lohnforderungen geben. Im Verlaufe der Besprechung machte Direktor Schmidt einen Vermittlungsvorschlag, dahingehend, daß der Höchstpreis nicht erhöht und das Bezugscheinverfahren nicht gespart werde, daß aber eine Sanktionsprämie von etwa einer Mark gewährt und auf Staatskosten übernommen werde, ein Ausweg, den zu beschreiten auch die Regierung geneigt ist. Minister Kemmle betonte in seinem Schlußwort insbesondere die Notwendigkeit der entschiedenen Erfüllung der Ablieferungspflicht und des scharfen strafrechtlichen Vorgehens gegen den Schleichhandel und das Schieberium. Er erinnerte dabei an die in Oberbaden bereits reichlich besagte Verordnung, nach der derartige unlaute Elemente kurzerhand außer Landes verwiesen werden können. Sehr bemerkenswert war die Feststellung des Ministers, daß die Arbeitslust der städtischen Arbeiter in den letzten zwei Monaten sich erheblich gehiebert habe. Auch der Wille, zur Ruhe zu kommen, zeigte sich mehr u. mehr, die Demonstrationen seien zurückgegangen. Also Beförderung in den Städten auf der ganzen Linie! Nur sollte auch auf dem Lande alles getan werden, um neue Schwierigkeiten zu vermeiden. Erfreulicherweise breche sich auch draußen diese Überzeugung Bahn, namentlich auch Dank der verständnisvollen Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationen.

Aufgefundenes Geld.

* Von unbekannter Stelle wird uns geschrieben: Es wurde aufgefunden: Im August: am 11. im Zug 175 ein Geldbeutel mit 44,90 M., abgeliefert in Immenhingen; am 11.: im Zug 1578 eine Handtasche mit Geldbeutel und 21,50 M., abgeliefert in Freiburg (Breisgau); am 20.: auf dem Bahnhof Konstanz der Betrag von 25 M.; am 27.: im Zug 901 ein Arbeitsbeutel mit 24 M., abgeliefert in Orschwieter; am 30.: im Zug 1815 eine Handtasche mit Geldbeutel und 2,30 M., abgeliefert in Raboldzell; am 31.: im Zug 1286 ein Handtäschchen mit 2,50 M., abgeliefert in Kallatt. Im September: am 1.: auf dem Bahnhof Heidelberg der Betrag von 5 M.; am 1.: auf dem Bahnhof Pforzheim der Betrag von 3 M.; am 4.: im Zug 6037 ein Damenhandtäschchen mit Geldbeutel und 10 M., abgeliefert in Hanau; am 5.: auf dem Bahnhof in Pforzheim ein Geldbeutel mit 15,69 M.; am 6.: im Zug 1630 ein Geldbeutel mit 2,80 M., abgeliefert in Sigen (Gödelwies); am 7.: auf dem Bahnhof Rippensheim der Betrag von 5 M.; am 7.: auf dem Bahnhof Säckingen eine Brieftasche mit 8,50 M.; am 10.: auf dem Bahnhof Wagnensturm ein Geldbeutel mit 15,51 M.; am 10.: auf dem Bahnhof Freiburg (Breisgau) der Betrag von 5 M.; am 11.: auf dem Bahnhof Kallatt ein Geldbeutel mit 2,02 M.; am 12.: auf dem Bahnhof Schwenningen ein Geldbeutel mit 5,62 M.; am 12.: im Zug 2319 ein Geldbeutel mit 7,02 M., abgeliefert in Königsbach; am 12.: auf dem Bahnhof Appenweiler ein Geldbeutel mit 3,33 M.; am 13.: auf dem Bahnhof Freiburg (Breisgau) ein Geldbeutel mit 6,55 M.; am 13.: auf dem Bahnhof Freiburg (Breisgau) eine Geldbörse mit 26,20 M.; am 14.: auf dem Bahnhof Heidelberg ein Geldbeutel mit 7,97 M.; am 14.: auf der Straße Bietelheim — Zurrersheim ein Geldbeutel mit 4,40 M., abgeliefert in Zurrersheim; am 15.: auf dem Bahnhof Freiburg (Breisgau) ein Handtäschchen mit 3,05 M.; am 15.: auf dem Bahnhof Freiburg (Breisgau) ein Geldbeutel mit 16,42 M.; am 15.: im Zug 3315 ein Geldbeutel mit 66,05 M. und 46,57 Gr., abgeliefert in Freiburg (Breisgau); am 15.: im Zug 53 ein Damenhandtäschchen mit Geldbeutel und 3,56 M., abgeliefert in Ettlingen; am 17.: auf dem Bahnhof Königsbach (Haben) der Betrag von 20 M.; am 18.: auf dem Bahnhof Appenweiler der Betrag von 12,25 M.; am 19.: im Zug 995 eine Damenhandtasche mit Geldbeutel und 10,97 M., abgeliefert in Fahr-Dielingen.

Der Bund der Auslandsdeutschen in Baden

hielt in Baden-Baden seine vierte Landesversammlung ab, vertreten waren 17 Ortsgruppen mit insgesamt 2500 Mitgliedern. Den Jahresbericht erstattete der Landesvorsitzende, Konful Assenmeier-Karlsruhe. Über den letzten Bundesstag des Reichsbundes der Auslandsdeutschen in Berlin berichtete der Delegierte des Landesverbandes Reinger-Waden. Die Verhandlungen ließen erkennen, daß die Interessen der Auslandsdeutschen bei den maßgebenden Stellen Beachtung finden.

Aus dem badischen Parteileben.

oc. Eine Parteiverammlung des soz. Vereines Lbrach beschloß sich mit dem jüngst in Karlsruhe abgehaltenen Parteitag. In einer Entschließung sprach die Versammlung ihr Bedauern aus, daß die Einigungsbestrebungen innerhalb der verschiedenen Richtungen keine eingehendere Aussprache auf dem Parteitag zeitigen konnten. Die Versammlung forderte den Landesauschuß auf, seine Kräfte in den Dienst der Einigungsbestrebungen zu stellen. In Bezug auf die Lebensmittelfrage wurde allgemein gerügt, daß die Regierung nicht mit mehr Nachdruck gegen das Schieber- und Buchertum vorgehe.

Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. Mannheim, 8. Okt. In der letzten Bürgerauschusssitzung kam es zu lebhaften Klagen über die Arbeitslosigkeit des Notstandsarbeiter. Von den Rednern aller Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, wurde das Verhalten der Notstandsarbeiter kritisiert; in kurzer Zeit seien die Vorratsbeständen überschritten worden und dabei habe man noch nicht einmal den 20. Teil der Arbeit erledigt. Der Bürgerauschuß genehmigte abermals über 1 Million für Notstandsarbeiten und stimmte einer neuerlichen Anlagenaufschöpfung zu. Die Anlage beträgt somit jetzt 68 Pfg.

oc. Kirchheim b. Heidelberg, 9. Okt. Über 100 Personen sind hier an Ruhr und Typhus erkrankt. Etwa 10 Todesfälle sind festzustellen.

Badische Zeitungstimmen.

Die Räte unserer Zeit. Der „Volkfreund“ schreibt:

„Mit den zwei Artikeln des Genossen Minister Kemmle in der Samstag- und Montagnummer des „Volkfreund“ beschäftigt sich in dem bekannten lebenswichtigen Ton, der die deutschnationalen Presseäußerungen immer auszeichnet, ein gewisser o. in der „Süddeutschen Zeitung“ und das „Reue Mannheimer Volksblatt“, ein Zentrumorgan. Der Artikel der „Süddeutschen“ spricht vom heißen Drei, um den der Minister Kemmle herumgegangen sei, denn er fürchte sich vor seiner Parteiherrschaft. Je länger das gegenwärtige Revolutionsystem am Ruder bleibe, desto trostloser werde es.“

Dieser oberflächliche Kritiker hütet sich natürlich sehr, auf die wahren Ursachen der gegenwärtigen zerschundenen Verhältnisse hinzuweisen, denn sonst müßte er bekennen, daß gerade seine Partei, die jetzige deutschnationalen und frühere konservative, an dem jämmerlichen Ausgang des Krieges mit schuldig ist, weil sie bis zur letzten Stunde der uralten Eroberungspolitik das Wort redete und dadurch zu der bekannten Verlängerung des Weltkrieges beitrug. Es ist also im höchsten Maße atro-

ganz, wenn der Arbeiter die Sozialdemokratie für die schlimmsten Kriegsfolgen verantwortlich macht.

Wesentlich sachlicher und politisch einseitiger sind die kritischen Einwürfe des Mannheimer Zentrumsblattes gehalten. Es wird ruhig zugegeben, daß es der Sozialdemokratie und ihren Ministern mitzuberufen ist, wenn wir in Baden vorwärtigen inneren Unruhen verschont geblieben sind. Aber, so sagt der Artiller, es scheint, als ob die Sozialdemokratie im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen sich wieder in die Oppositionsrolle zurückziehen möchte; ein Vorstoß dazu sei der Marcmus des Ministers Remmele.

Diese Argumentation trifft daneben. Gen. Remmele hat lediglich davor gewarnt, die sozialistischen Minister für alle Reichstagswahlen verantwortlich zu machen. Daß in diesem Punkte auch in Zentrumskreisen stark gesündigt wird, weiß jeder, der die Zeitungen liest und mit offenen Ohren und Augen durchs Leben schreitet. Es hat ja keinen Zweck, wenn das Mannheimer Zentrumsblatt dies leugnet. Wenn man nach dieser Richtung, besonders auf dem Lande, sich mehr Zurückhaltung auferlegt, und sich immer wieder sagt, daß stets und in jedem Falle der Krieg als letzte Ursache der traurigen Erscheinungen der Gegenwart betrachtet werden muß, dann wären die beiden Hauptartikel des Genossen Remmele nicht umsonst geschrieben worden."

Gedanken der Heimkehrer.

Dem „Zauber- und Frankensboten“ werden von einem Herrn, der Gelegenheit hat, die im Durchgangslager Teuberbischofsheim eingetroffenen Heimkehrer genau zu beobachten, die folgenden Mitteilungen gemacht:

„Die Heimkehrer entstanmen allen deutschen Gauen. Ihre Stimmung ist gut. In der Unterhaltung mit ihnen werden immer und immer wieder die Fragen aufgeworfen: „Wie konnte es bloß kommen, daß Deutschland so sehr gelitten ist? Warum wird so viel und so sinnlos getötet? Warum wollen so viele Leute nicht mehr oder nur wenig arbeiten?“ Wir müssen doch arbeiten, das weiß jeder Mensch, sagen sie treuherzig und betrübt. Ohne Arbeit kann doch niemand leben. Was wollen denn die Herren, die sich Spartanisten nennen und alles kaputt machen wollen. Für wen haben wir so lange und so schwer gekämpft und die schweren Leiden der Gefangenschaft erduldet, als für unsere teure Heimat, für unser liebes Vaterland, das wir in seiner Not und Gefahr verlassen haben? Wo sind da die gewesen, die jetzt unsere alte Heimat, unser armes Vaterland noch weiter und tiefer ins Elend stürzen wollen? Was uns unser Vaterland ist, was uns unsere Lieben daheim sind, das haben wir im Kriege und in der langen Gefangenschaft sehr wohl erfahren. Zu ihm und zu ihnen wollen wir jetzt zurückkehren nach langer harter Not und vielen Entbehrungen. Und mit ihm und ihnen wollen wir an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft, an der Neugründung unserer Erziehung fleißig und sorgfältig arbeiten. Daron soll uns niemand hindern. Wer es dennoch tut, ist unser Gegner und hat kein Herz für uns, für unsere Heimat und für unser Vaterland. Jeder ist dabei willkommen, der uns hilft. Wir gehen ans Werk im vollen Genuß der lange vermissten Freiheit und lassen uns dabei nicht beeinträchtigen durch ungemessene Diktaturen einzelner verdorrter Leute, die uns ein Paradies versprechen und in der Tat nur Not und Elend vergrößern. Wir folgen nicht blindlings großen Maulhelden, sondern betrachten das wiedergewonnene Leben nüchtern und vor der harten Wirklichkeit aus. Wir sind das Arbeiten gewohnt und haben das gewerkschaftliche Handeln. Wir arbeiten in und mit unserer Heimat, unserem Vaterland, weil das unser aller Pflicht ist und ohne fleißige Arbeit die traurigen Verhältnisse nicht besser werden können. Das sind die Gedanken, die uns bewegen, nachdem wir unserer Heimat, unserem Vaterlande wiedergegeben sind. Wer es ehlich und redlich mit uns meint, arbeitet mit uns zum Wohle aller. Darum auf ans Werk, an die legerbringende Arbeit zur Erlangung einer besseren Zukunft für uns und unsere Frauen und Kinder, die ihren Gatten und ihren Vater jetzt nach langer und schmerzlicher Trennung wieder haben und von ihnen nicht mehr getrennt sein wollen.

Wenn alle so dächten, wie die Heimkehrer, die durch das Lager in Teuberbischofsheim gegangen sind, dann dürften die Verhältnisse bald besser werden. Allein die Zukunft hat jetzt bei so manchem Menschen keine Heimstätte mehr!

„Wenn man den Teufel an die Wand malt...“

Unter dieser Überschrift schreibt das „Offenburger Tageblatt“ u. a.:

„Es ist zweifellos in guter Absicht geschrieben, daß man nun seit 2 Jahren in Zeitungen, von Rednerpulpit und Kanzeln dem deutschen Volke den Abgrund, die Vernichtung, den totalen Zusammenbruch prophezeit. Wenn indessen nur der zwanzigste Teil der Propheten recht behalten hätte, so wäre von Deutschland schon seit 6 Monaten kein Staubföndchen mehr vorhanden. Man glaube auf diese Weise die unruhigen

Geister einzuschüchtern und zu überzeugen, aber man erreichte nur, daß das allzuoft angewandte Mittel seine Wirkung verlor, aber sie doch nicht so vollständig verlor, um nicht jenes Gefühl der Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit zu verstärken, das die einzige Wurzel von allem Übel ist. Denn nur, weil das Volk an den baldigen allgemeinen Zusammenbruch glaubt, ist der Eigenmut so ins Kraut geschossen, nur weil das Gefühl der Geborgenheit innerhalb des Staatsorgans verloren gegangen ist, ging auch das Gefühl der Pflichten gegenüber der Allgemeinheit verloren und hauptsächlich deshalb wird nicht mehr gearbeitet wie ehemals, weil jeder fürchtet, die Früchte seiner Arbeit später nicht mehr genießen zu können. Es soll gar nicht geleugnet werden, daß unsere Lage sehr schlimm ist. Wir stehen vor einem Winter ohne Kosten und werden sicherlich auch nicht mit Lebensmitteln im Überfluß versehen sein. Aber sind wir denn nicht schon oft vor solchen Situationen gestanden? Hatte man uns nicht für das vergangene Frühjahr den Hungertod vorausgesagt, ist uns nicht eine Zeit lang von Woche zu Woche die Herrschaft des Bolschewismus samt Kerker, Folter und Galgen prophezeit worden u. leben wir nicht etwa noch ganz vergnügt weiter? Wir werden zweifellos schwer entbehren müssen, aber das tun wir ja schon lange und wir werden es auch weiterhin ertragen. Über den Staatsbankrott werden wir wahrscheinlich hinwegkommen, sogar sehr wahrscheinlich, weil er nämlich von niemand angestrebt wird und niemand nützt. Was ist aber die Folge des Bankrotts vom Staatsbankrott und der fortwährenden Schwarzmalerei von seiten aller verantwortlichen und unterantwortlichen Stellen? Die Bauern wollen ihre Erzeugnisse nicht mehr abliefern, weil sie sich sagen: Ware ist besser als Geld, die Waldbesitzer wollen kein Holz schlagen lassen, aus demselben Grunde und so wird die Lage nur immer mehr verschärft. Man malt den Teufel so lange an die Wand, bis er kommt!

Unsere Lage ist durchaus nicht so schlimm, sobald im Volk wieder Vertrauen zur gemeinsamen Sache einzieht. Sobald dies der Fall ist, hat kein Mensch mehr ein Interesse daran, Waren zu hamstern und dem Verkehr zu entziehen, dann liefern die Bauern wieder ab, was sie abliefern können, dann schlägt sich der Arbeiter wieder auf die Seite derjenigen, die wissen, daß man durch gute und fleißige Arbeit in der Welt voran kommt und läßt diejenigen im Stich, die sich bloß deshalb vorzudrängen, weil sie bei dem erwarteten allgemeinen Zusammenbruch die ersten beim Leidenraub sein wollen. Darum ist es Pflicht, diese falsche Hoffnung oder Angst des bevorstehenden allgemeinen Untergangs aus der Welt zu schaffen. Hier muß auch das Treiben jener gekennzeichnet werden, die, obgleich sie angeblich Freunde der Ordnung sind, nur deshalb, weil sie unter dem neuen Regime nicht mehr so sehr Günstling sind wie ehemals, dieses Regime mit Blut und Haß bekämpfen. Sie untergraben damit die Autorität der Regierung bemüht, sie zerstören das Vertrauen zur Regierung und sie erhöhen damit das Gefühl der Unsicherheit und Verunsicherung, das, wie wir schon ausführten, die Wurzel des verderblichen Eigenmutes und der Pflichtvergessenheit ist. Mit Haß und Lüge, albernem Spott und passivem Widerstand kurieren man Deutschland nicht, sondern nur mit Vertrauen auf die guten Kräfte unseres Volkes. Wir müssen uns eben daran gewöhnen, daß wir ein armes Volk geworden sind und uns nur von unserer Hände und unseres Geistes Arbeit ernähren können. Aber das ist kein Grund zur Verzweiflung. Wenn auch noch schlimmeres als bisher über uns hereinbrechen sollte, so steht doch das eine fest, nämlich daß das intelligente, arbeitame und im Kern immer noch gesunde deutsche Volk nicht untergehen wird.“

Aus der Landeshauptstadt.

* Der Bürgerausschuß hielt gestern eine Sitzung ab, die vom neugewählten ersten Bürgermeister Sauer geleitet wurde. Vor Beginn der Verhandlungen erklärte Bürgermeister Sauer, daß er die auf ihn gefallene Wahl als ein der gesamten Arbeiterbevölkerung gegebenes Vertrauensvotum betrachtet wissen wolle. Er möchte kein Programm entwickeln, das sei Sache des neuen Oberbürgermeisters, unter dessen Führung Redner in engem Zusammenwirken mit seinen übrigen Amtskollegen gern für das Gesamtwohl arbeiten werde. Der Bürgermeister bat, ihn in seinem Streben zu unterstützen, danke Johann der gesamten Presse, die seine Kandidatur von Anfang an mit Vorbehalten aufgenommen habe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Verhältnis weiter bestehen bleibe. — In den Stadtrat wurden für den jetzigen Bürgermeister Sauer und den verstorbenen Stadtrat Bonning die sog. Stadtv. Schwerdt und Kunigunde Fischer gewählt. Die Verammlung beschloß sodann die Errichtung eines städtischen Säges- und Hobelwerks (Kostenaufwand 41 000 M.) und die Verlegung des Stadtheils Heierheim mit elektrischer Energie (Kostenaufwand 220 500 M.). Der Dienstvertrag mit dem städtischen Schularzt Dr. Paul, der ein bis zum Betrag von 16 000 M. steigendes Gehalt

Landestheater.

* Aus der Ranglei des Landestheaters wird uns geschrieben: Unmittelbar nach Fertigstellung des „Raffal“ ist die Oper in die Vorbereitung der Uraufführung der „Mondscheindame“, einer Operette unseres Kapellmeisters Alfred Lorenz zu dessen letzter, der feinstimmigen Oper nachstehender Musik die bekannte Berliner Librettistin Nordes-Wilo und Bernstein-Saworsky die textliche Unterlage geschaffen haben. — Für Mitte November ist bereits die zweite Uraufführung vorgesehen: „Die Rautensteiner Hochzeit“ von Hermann Wolfgang von Waltershausen dessen „Oberst Chabert“ und „Richardis“ unserer Hörschaft noch in frischem Gedächtnis sind. Der erfolgreiche Dichterkomponist hat — entgegen anders lautenden Zeitungsmedlungen — auch die Uraufführung dieses seines neuesten Werkes der Karlsruher Oper anvertraut und befindet damit, daß er gerade hier die Bedingungen für dessen künstlerisch getreue Wiedergabe zu finden glaubt. Den Regieplan bestreiten indessen erprobte Aufführungen beliebiger Opern: Auf den „Fliegenden Holländer“ mit der ersten Senta Deutschland, Frau Barbara Kemp als Gast, folgen „Carmen“, „Hoffmanns Erzählungen“, „Figaros Hochzeit“. Die achte Spielwoche bringt das Gastspiel eines früheren Mitgliedes des Landestheaters: Frau Maria Lorenz-Höllischer wird als „Leonore“ in „Fidelio“ und als „Salde“ auf ihrer heimatischen Bühne auftreten. Im November erfolgt eine Gesamtauführung des „Rings der Nibelungen“, späterhin eine Neuaufführung des seit 10 Jahren hier nicht gegebenen „Mezgi“. Es steht zu hoffen, daß die Kohlennot nicht allzu hindernd in diese Arbeitsfreudigkeit eingreift. — Das Orchester des Landestheaters wird im Laufe des Winters sechs Sinfoniekonzerte unter der Leitung des Operndirektors Cortolozis veranstalten. Aus dem Namen der dafür bis jetzt gewonnenen Künstler seien folgende genannt: Veritas Dehmlow (Gesang), Professor Fleisch (Geige), Generalmusikdirektor von Schilling. Das erste Konzert ist auf Mittwoch, den 29. d. Mts. geplant. Im Programm dieses Konzertes wird u. a. Beethovens „Neunte“ stehen.

Kammermusikabend des Karlsruher Streichquartetts.

Mozart, Brahms, Schumann, in diesem wunderbaren Bogen verlief das Programm. Von Mozart wurde das ganze, lustige Streichquartett in D-dur K. 499 gespielt, — vielmehr mit Leiden aber doch ganz harmlos nachgezeichnet. Die grazile Mozart'sche Ornamentik, das ganze schmückende Beiwerk kamt sich mit spielerischer Leichtigkeit um die fein geschwungenen Themen, die in ihrer schönen Einfachheit eine so freundliche Sprache reden. In zierlichen, leichten Schritten hüpfen die frühlichen Weisen in anmutigem Reigen vorüber, ganz in Luft gehüllt, ganz aus feinen Fäden gewoben. Dieser Mozart war bestrickend schön und bereitete ungetriebene Freude.

Von Brahms' Streichquartett in A-moll, op. 51 Nr. 2, gingen starke seelische Kräfte aus. Eine Fülle großer Schönheiten wurden vor uns ausgedreht. Ganz ausgeglichen gelang den vier Künstlern der langsame Satz. Es war ein reifliches Versprechen, ein ideales Versprechen der vier Instrumente in reinem Wohlklang. Das ganze Musikstücken war von starkem Gefühl getragen.

Im Schumann'schen Klavierquintett in Es-dur, op. 44, gestellte sich Herr Röhmeyer, Forzheim, hier wohl bekannt und geschätzt als gediegener Pianist, zum Streichquartett. Dem Klavier ist eine interessante, führende Rolle übertragen, die Herr Röhmeyer großzügig durchführte. Die vornehme Zurückhaltung muß als besonderer Vorzug des Pianisten gerühmt werden. Das erste Allegro lief nach den brillanten Schluß vermischen. Aber die übrigen Sätze wurden in meisterhafter Weise wiedergegeben. Streichkörper und Flügel fanden sich zu harmonischer Wirkung glücklich zusammen. Ein großer dramatischer Zug beherrschte den Vortrag.

Weiter war das Konzert nicht so stark besucht, wie man es im Hinblick auf die prächtigen Leistungen gerne gewünscht hätte. Der Beifall war nach den einzelnen Kammermusikstücken, besonders aber am Schluß, sehr lebhaft. Viele Hörer würden es sicherlich sehr angenehm empfinden, wenn — wie dies in anderen Städten üblich — während des Vortrags das Licht abgedunkelt würde. Diese hellen, feinen Wände tun dem Auge weh.

von 12 000 M. erhält, wurde genehmigt, ebenso eine Vorlage betr. den Erwerb der Morgenhaufen Lagerhalle auf dem städtischen Lagerplatz an der Schotterstraße (Aufwand 26 000 M.). Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Genehmigung einer einmaligen Teuerungsbefehle an die städtischen Arbeiter. Die Vorlage, nach welcher den ledigen Arbeitern 144 M., den verheirateten ohne Kind 240 M., den verheirateten mit einem Kind 312 M., den verheirateten mit zwei oder mehr Kindern 396 M. gewährt werden soll, verursacht einen Kostenaufwand von 50 000 M., die aus Wirtschaftsmitteln des Jahres 1919 bestritten werden sollen. Sie wurde nebst folgendem Ergänzungsantrag des Stadterordnetenverbandes gutgeheißen: „Die einmalige Teuerungsbefehle ist in vollem Umfang zu gewähren an alle am 8. Oktober voll beschäftigten Arbeiter, die mindestens 6 Wochen bei der Stadterwaltung beschäftigt sind. Für jede Woche kürzerer Beschäftigung wird die Befehle um ein Sechstel gekürzt.“ Die Verantwortung einer von den Unabhängigen gestellten Anfrage wegen der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln wurde mit deren Zustimmung für eine der nächsten Sitzungen zurückgestellt.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 30. August d. J. den Vortragenden Rat im Arbeitsministerium, Ministerialrat Dr. Eugen Imhoff zum ständigen Mitglied des Landesversicherungsamtes sowie den Vortragenden Rat im Ministerium des Innern Dr. Karl Bender zum stellvertretenden Mitglied des Landesversicherungsamtes im Nebenamt ernannt.

Das Staatsministerium hat am 18. September d. J. beschlossen, den Bauinspektor Wilhelm Bied auf Ansuchen auf den 1. Januar 1920 in den Ruhestand zu versetzen.

Das Staatsministerium hat unterm 2. Oktober d. J. den Vortragenden Rat im Ministerium des Innern, Geh. Oberregierungsrat Dr. Paul Ursperger in Karlsruhe, zum Verwaltungsgerichtsrat ernannt.

Das badische Staatsministerium hat unterm 2. Oktober d. J. den Bezirksarzt Bruch in Eppingen in gleich. Eigenschaft nach Durlach versetzt.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 30. September d. J. den Oberlehrer Jakob Hindert an der Volksschule in Waldbrunn, Amts Buchen, zum Schulleiter mit der Amtsbezeichnung Rektor an der genannten Volksschule ernannt.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 3. Oktober d. J. den Hauptlehrer Johann Gaus an der Volksschule in Neustadt i. Schw. zum Schulleiter daselbst mit der Amtsbezeichnung Rektor ernannt.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 4. Oktober d. J. den Laubstummelkandidaten Hermann Dietrich an der Laubstummelanstalt in Weersburg zum Reallehrer an dieser Anstalt ernannt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 6. September d. J. den Oberverwaltungssekretär Gustav Diehm beim Bezirksamt Sickingen zum Bezirksamt Sickingen versetzt.

Mit Entschließung des Ministeriums des Innern vom 4. Oktober d. J. wurde Oberverwalter August Schumann beim Bezirksamt Schönau zum Verwaltungshof versetzt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 7. Oktober d. J. den Oberverwaltungssekretär Jakob Mucke beim Oberverwaltungsamt Karlsruhe zum Bezirksamt Karlsruhe versetzt.

Die Verteilung der Körperschaftsrechte an religiöse Gemeinschaften betr.

Das Staatsministerium hat unterm 30. August d. J. beschlossen, daß die unter dem Namen „Freireligiöse Landesgemeinde Badens“ bestehende religiöse Gemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts im Sinne des § 18 Absatz 2 der Bqfassung anerkannt wird.

Karlsruhe, den 7. Oktober 1919.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Hummel, Krattinger.

Ernennungen, Versetzungen, Zurechweisungen etc.

der etatmäßigen Beamten der
Schaltstarifabteilungen H bis K
sowie

Ernennungen, Versetzungen etc.
von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern.

— Badisches Gendarmenkorps. —

Zu etatmäßigen Polizeiergnanten wurden ernannt:

die charakterisierten Polizeiergnanten:

Oskar Schwörer, August Walter, Franz Kamheiner, Wilhelm Maß, Sebastian Leherreiter, Karl Apfel, Karl Endres, Valentin Eickert, Karl Schöb, Johann Kreiser, Ernst Vape, Paul Reuter, Lorenz Zimmermann, Georg Wöfler, Johann Eppler, Emil Franz, Andreas Weiz, Hermann Mohr, Ernst Rufas, Philipp Ohlau, Peter Engelhardt, Johann Jäger, Ernst Morath, Ludwig Wehrich, Ludwig Leberich, Friedrich Schäfer, Jakob Schumann II, Friedrich Stebenst, Heinrich Schneider, Johann Darslein, Franz Wille, Gottfried Brunka, Hermann Feldham, Wilhelm Frech, Peter Müller, Johannes Hie, Friedrich Keller, Gottfried Meber, Matthias Mittel, Adam Demer, Karl Dopp, Franz Seifried, Gottfried Wör, Karl Galm, Albert Wäger in Mannheim;

Franz Eidel, Ludwig Gramlich, Anton Junter, Heinrich Göttinger, Friedrich Gabriel, Johann Eichel, Gustav Brandner, Daniel Müller, Heinrich Eiseiger, Rudolf Peter, Ernst Brennenhahn, Wilhelm Bender, Wilhelm Ratt, Gustav Schmidt, Karl Maurer, Gustav Müller, Samuel Rehter, Heinrich Kern, Heinrich Frech, Johann Keller, Wilhelm Knapp, Peter Bayer, Emil Rudendres, Heinrich Honek, Ferdinand Weinmann, Franz Wipfelbacher, Andreas Adam, August Schell, Joseph Groß, Heinrich Wailer in Karlsruhe;

August Lohrerer, Franz Feitsh, Joseph Rehter, Adolf Kipp, August Gebeprern, Johann Hugelmann, Leo Birkenmeter, Andreas Geisler, Friedrich Wünsch, Albert Herzog, Karl Musfischer, Albert Bedtel, Emil Jochim, Heinrich Gatzler, Gustav Imgraben, Heinrich Birfel, Gustav Frei, Gustav Müller, Friedrich Senfendrenner in Freiburg;

Adam Reuther, Peter Eyles, Friedrich Rudendres, Johann Schellmeier, Daniel Kuffel, Karl Herrmann, Peter Oster, Fridolin Karrer, Otto Lehmann, Philipp Gattler, Eugen Weiz, Karl Eßner, Georg Arnold, Maximilian Kern, Friedrich Wenzelburger, Otto Müller, Hugo Weibel, Joseph Stending, Georg Wanghärdter, Philipp Hien, Johann Blum, Karl Doh, Julius König, Otto Ertlmatter, Georg Ros in Heilbronn;

Kunsthandlung und Rahmenfabrik
E. Büchle
Karlsruhe, Kaiserstraße 128 zwischen Wald- und Karlstraße
Wandbilderschmuck
Bildereinrahmungen
Inh. W. Bertsch

Ämtliche Bekanntmachung.

Fundfachen betr.
Im Monat September 1919 wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert:
1 goldener Ring, 1 silberne Damenarmbanduhr, 1 Ehering, 1 Brosche, 1 Halskette mit Anhänger, 1 Armband, 1 Halskette, 1 goldener Zwirler, 1 Nadel, 1 silbernes Ketten, 1 silberne Herenuhr mit Kette, 1 Bund Schlüssel, 1 Hund, 1 Kürschlinge, 1 Hund, 1 Herrenregenschirm, 1 Damenregenschirm, 1 Taschentuch mit Inhalt, 1 Bund Tabak, 1 Wasserfaß, 1 Schlüssel, 1 Handtasche mit 2 Flaschen Milch und Apfel, 1 Filzhut, 1 Handtasche, 1 Taschentuch, Fahrscheine, Brotmarken und etwas Geld, 1 Schlüsselbund, 1 Handtasche mit Inhalt, 1 Notizheft, 1 paar Handschuhe, 3 Gänse, 1 Stallhase, 1 Handtasche, 1 Arbeitsheft, 1 Buch, Spitzstift, 1 Milchkanne, 1 Handtasche mit Gelbinhalt, 1 Federbüchse mit Inhalt, 1 Strohhut, 1 paar Strohhöhlen, 1 Rosenkranz, 1 Kappe mit Büchse, 1 hölzerne Kadelbüchse, 1 paar Schuhe mit Holzsohlen, 1 Damenhandschuh, 1 Fahrrad, Altkarte mit Inhalt für die Gewerbeschule, 1 Schlüsselbund, mehrere Gelbbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld, 90 Mk., 10 Mk., 20 Mk., 16 Mk., 50 Mk., 5 Mk., 20 Mk.
Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 21. des Bezirksamtgebäude (Eingang Seibelstraße) abgeholt werden.
Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Finder, bezw. die Stadtgemeinde über.
Karlsruhe, den 3. Oktober 1919.
Bezirksamt — Polizeidirektion. D. 3. 262

Bekanntmachung.

Anmeldung des Anspruches auf die Landwehr-Dienstauszeichnung 2. Klasse.
Auf Grund des Heeresverordnungs-Blattes können Landwehr-Dienstauszeichnungen 2. Klasse wieder verliehen werden.
Voraussetzungen: §. O. Art. 6 zu § 36, § 2 Z. 2.
Die zweite Klasse der Landwehr-Dienstauszeichnung können nach vorwurfsfrei erfüllter gesetzlicher Dienstpflicht in der Reserve und Landwehr ersten Aufgebots die Personen des Beurlobenstandes erhalten, die
A. einen Feldzug mitgemacht oder an einer sonstigen kriegerischen Unternehmung teilgenommen haben, die einem Feldzug gleich zu erachten ist;
B. aus dem Beurlobenverhältnis nach Ableistung einer aktiven Dienstzeit
a. von einem Jahr zu vier Abungen von mindestens je 13 tägiger Dauer oder im ganzen mindestens 17 Wochen oder
b. von über 1—2 Jahren im ganzen mindestens 52 Tage oder
c. von über zwei Jahren im ganzen mindestens 88 Tage zum aktiven Dienst eingezogen gewesen sind;
C. nach abgeleiteter gesetzlicher aktiver Dienstpflicht noch mindestens vier Monate aktiv gedient haben.
In folgenden Fällen ist jedoch die Verleihung der Landwehr-Dienstauszeichnung ausgeschlossen:
a. bei Verletzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes sowie bei jeder Bestrafung wegen einer Handlung, die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht ist, selbst wenn auf diesen Verlust nicht erkannt sein sollte;
b. bei jeder militärgerichtlichen Bestrafung wegen begangener Verbrechen oder Vergehen während der aktiven Dienstzeit oder im Beurlobenstande (die erst nach Einstellung in den aktiven Militärdienst eingetretenen Bestrafungen wegen vor dem Dienst Eintritt begangener strafbarer Handlungen kommen hierbei nicht in Betracht);
c. bei jeder Bestrafung wegen nicht Befolgung eines Befehls oder wegen ungerechtfertigter Versäumnis einer Kontrollbefehlsammlung oder bei Bestrafung mit strengem Arrest im Beurlobenstande;
d. bei Verletzung in eine jüngere Jahresklasse oder bei einer mindestens zweimaligen Bestrafung mit Geld oder Haftstrafe wegen Kontrollentziehung;
e. bei einem außerdienstlichen Verhalten, das die betreffende Person einer Auszeichnung nicht würdig erscheinen läßt.
Doppelrechnungen von Kriegsjahren finden hierbei nicht statt.
Bestimmungsgemäß sind vom unterzeichneten Kommando die Vorschlagslisten hierzu einzureichen.
Um eine gerechte und schnelle Erledigung der Vorschläge zu gewährleisten, die infolge Aufhebung der Kontrollpflicht und der unvollständigen Unterlagen nicht mehr möglich ist, wollen sich diejenigen Persönlichkeiten aus den Amtsbezirken Karlsruhe, Durlach und Ettlingen (Stadt und Land), die glauben Anspruch zu haben, in nachstehender Reihenfolge beim
Hauptmeldeamt Karlsruhe
Neue Artillerie-Kaserne (Wollstraße 8)
in der Zeit zwischen 8—12 Uhr vormittags einfinden.
Montag, den 13. Oktober 1919 die Personen deren Namen mit Anfangsbuchstaben A—E beginnt,
Dienstag, den 14. Oktober 1919 die Personen deren Namen mit Anfangsbuchstaben F—H beginnt,
Mittwoch, den 15. Oktober 1919 die Personen deren Namen mit Anfangsbuchstaben I—L beginnt,
Donnerstag, den 16. Oktober 1919 die Personen deren Namen mit Anfangsbuchstaben M—N beginnt,
Freitag, den 17. Oktober 1919 die Personen deren Namen mit Anfangsbuchstaben O—R beginnt,
Samstag, den 18. Oktober 1919 die Personen deren Namen mit Anfangsbuchstaben S—Z beginnt.
Karlsruhe, den 6. Oktober 1919.
Bezirkskommando Karlsruhe.

Bei der Stadtgemeinde **St. Blasien** (Bad Schwarzwald) ist unter Zustimmung sämtlicher Ratshausparteien die Stelle eines **Berufs-Bürgermeisters** alsbald zu besetzen.
Werber wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und Angabe ihrer Gehaltsansprüche an den Gemeinderat St. Blasien bis zum **1. Nov. 1919** einreichen. Bemerkung wird, daß die Kurverwaltung der Stadtverwaltung angegliedert ist.
§. 35. 2. 1
Der Gemeinderat.

Badisches Landestheater

Freitag, den 10. Oktober 1919
Rigoletto!
Anfang 7 Uhr. Mittel-Preise.

Saal Vier Jahreszeiten
Dienstag, den 14. Oktober 1919
abends 8 Uhr
Lieder-Abend
Dora Poppen
Lieder von Philipp Wolfrum (gest. 8. Mai 1919)
Robert Franz, Fr. Schubert und Johannes Brahms.
Am Klavier: **Dr. Hermann Meinh. Poppen.**
Der Flügel ist aus dem Lager des Hoflieferanten H. Maurer
Eintrittskarten zu Mk. 5.50, 4.40 3.30, und 2.20
(einschließlich Steuer) in der Hofmusikalienhandlung
Fr. Doert, Kaiserstraße 159 und an der **Abendkasse.**

Reichszentrale für Heimatdienst
Landesabteilung Baden.
Karlsruhe, Festhalle (kleiner Saal)
Dienstag, den 14. Oktober 1919,
abends 8 Uhr:

Erfahrungen als Pflanzer in Deutsch-Ost-Afrika.
Lichtbilder-Vortrag
von Pflanzungs-Direktor **R. Kaundinya.**
Der Vortragende stützt sich auf eine 23 Jahre lange Tätigkeit als Pflanzer in Indien u. Afrika u. schildert in Wort und Bild die mit allen Mitteln der Technik und Organisation großartig arbeitende Bewegung des Urwaldes, die Geschichte einer Riesenplantage von ihren Anfängen bis zur Ertragsfähigkeit.
Karten zu Mk. 4.40, 3.30, 2.20, 1.10 (einschließl. Steuer) bei **Fr. Doert,** Kaiserstraße 159, und an der **Abendkasse.**

Zum 80. Geburtstag Hans Thoma.
Sobald erschienen:
Der Berggeist
Schauspiel in 4 Aufzügen von **Frances Grün**
Mit 14 Bildern von **Hans Thoma**
Druck und Verlag **Wälsten & Co.,** Frankfurt a. M.
Elegant kartoniert m. Titelbild von Hans Thoma
Preis **Mark 5.—**
In allen Buchhandlungen zu haben.

Süddeutsche Aufzug- und Kranbauanstalt Göppingen
Aufzüge Krane
Kurze Lieferzeiten.

Bergwerksgeellschaft bebildigt
Tief-Bohrungen
In Tiefen bis 150 Meter auf Eisen-erze in Baden, unabhängig von der Jahreszeit, a. leistungsf. Unternehmer zu vergeben.
Offerten unt. 5. 43 an die Expeditt. der Karlsru. Zeitung erbeten.

Aufruf!

An die Bürger von Karlsruhe u. die Hofbesitzer der Umgegend! Kammerjäger Obermark
Kommt in den nächsten Tagen nach dort, um **Ratten und Mäuse wirklich radikal unter Garantie zu vertilgen**
durch Auslegen von **Ratten-Pest-Bazillus**, welcher für **Menschen und Haustiere unschädlich**, aber unter **Plagetieren** eine ansteckende Krankheit erzwirkt.
Schwaben, Wanzen, Russen u. Feldmäuse werden ebenfalls unter Garantie vertilgt.
Bestellungen sende man sofort unter **Kammerjäger Obermark** an die Geschäftsstelle der Karlsru. Zeitung.

UNIFORMEN
und Spezialbekleidung für Beamte, Beamtinnen u. Arbeiter staatl., kommunaler u. Privatbehörden liefert
Uniform- und Spezialkleiderfabrik ALBERT HILBERT, Rastatt
Fernsprecher 100.

Vergrößerungen
in erstklassiger Ausführung auch nach schlechten Vorlagen, liefern
Samson & Co.,
Atelier für moderne Photographie und **Vergrößerungs-Anstalt.**
Kaiserpassage 7 Ruf 547
Schnellste Lieferung.

„Inex“, Internationale Ex- u. Importgesellschaft m. b. H.,
Karlsruhe i. B. Kriegsstraße 116
Unsere vornehmste Aufgabe wird die **Ausfuhr vorzugsweise badischer Fabrikate** sein u. bitten wir Hersteller um Angebote.

Joseph Liebmann, Karlsruhe i. B.
Bankgeschäft für Kommundarlehnen
empfiehlt sich zur Unterbringung von Geldern in jeder Höhe bei ersten Städteverwaltungen.

Die Stelle der **Vorsteherin**
der **Kindervereinigungsanstalt Ludenburg** ist neu zu besetzen. Die Anstalt ist durchschnittlich mit etwa 150 Kindern vom 2.—6. Lebensjahre besetzt und hat einen größeren Garten. Gesucht wird eine geeignete Persönlichkeit, möglichst mit Kindergärtnerinneneignen und Praxis in der Kinderpflege, die genügend Erfahrung hat, auch etwas musikalisch ist und einige Kenntnisse in der Landwirtschaft besitzt.
Werberinnen wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf, Zeugnissen, Bild und Gehaltsansprüchen versehen bis zum **20. Oktober 1919** bei uns einreichen.
Der Verwaltungsrat:
Dr. Fritsch. §. 30

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.
72. Dankagung.
An Spenden für das Rote Kreuz sind von **außerhalb der Stadt** wohnhaften Personen bei unserer **Kassenverwaltung** in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1919 weiter eingegangen von: durch Bezirks- bzw. Ortsausschüsse vom **Roten Kreuz:** Wertheim, Beiträge der Bezirksgemeinden 154 Mk., Zell i. B. f. Juni—August 450 Mk., Wolfach (für Juni—Okt. 1919) 2000 Mk., Rahr 900 Mk., Sigen a. S. 150, Schwelzingen 99.65 Mk.; ferner von **Schellbronn, Pfarrer Dreher** 40 Mk., Inhalt der **Sammelbüchsen** bei den **Landgerichten Heidelberg** 55.89 und **Konstanz** 14.52; zusammen 3864.06 Mk.
Für alle Gaben herzlichen Dank!

GALERIE MOOS
KARLSRUHE/B
Kaiserstr. 187¹
Oktober 1919:
44. Sonderausstellung
W. Hempfing
M. Kropp u. a.
GEÖFFNET: 10—6 Uhr
SONNTAGS: 11—1 Uhr.

Große Posten bayr. Stamm-, Mittel- und Pappstiege
Stammfichte, Buchen- spiegelbohlen, Eiche, parallel besäumte Ware, Rippenbreiter haben
abzugeben.
Fidler & Lauber
Holzgeschäft,
Apolda i. Thüringen

Taschenuhren
wenn auch reparaturbedürftig, werden stets an gekauft in
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft,
Kronenstr. 52.

Gut erhaltenes
Pianino
oder
Flügel
aus Privathand zu kaufen gesucht.
Angeb. unter G. 924 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Für Kommunalverbände, Händler usw. Kaffee-Surrogate (Cichorie)
billige Sorten, in Säcken vers. padt zu taufen gesucht.
Angebote mit Preis und Muster erbeten unt. **888 F** an **Hausmann & Vogler** H.-G., Freiburg i. B.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.

D. 429. 2. 1 Heidelberg. Apotheker **Ludwig Neuling** in Heidelberg, vertreten durch Rechtsanwalt **Th. Neuling** in Heidelberg, hat das Angebot des abhanden gekommenen **Hypothekenbrieft** über die im Grundbuch von Heidelberg Band 9 Heft 3 und 4 III. Abt. Nr. 2 eingetragene auf dem im Eigentum des Apothekers **Jakob Geier** und dessen Ehefrau **Liese geb. Weidner** stehenden Grundstück **Lg. Nr. 854 Hauptstr. 114** dahier lastende **Dreifachhypothek** von **190 000 M.** beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf: **Donnerstag, den 22. Januar 1920, vormittags 10 Uhr**, vor dem unterzeichneten **Gericht, Zimmer 23** anberaumten **Aufgebots-terminen** seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die **Kraftlosklärung** der Urkunde erfolgen wird.
Heidelberg, 20. Sept. 1919.
Der **Gerichtsschreiber** des **Amtsgerichts I.**

Verchiedene Bekanntmachungen.
Gerichtsschreiber-Stelle.

Die Stelle des **Gerichtsschreibers** beim **Städtischen Mietenigungsamt** in **Ettlingen** ist zu besetzen. Außerdem **Gerichtsschreiber** dienstlich arbeiten in der **Rechtsabteilung** mit zu verichten. Geeignete Bewerber, welche hinreichende Kenntnisse und Erfahrungen im **Gerichtsschreiberdienst** besitzen, werden erucht, unter **Mitteilung eines Lebenslaufes**, des **Gehaltsansprüche** und des **Zeitpunktes** des etwaigen **Diensttrittes** sich alsbald beim **Bürgermeisteramt** schriftlich zu melden.
Werber mit bestandener **Aktuarprüfung** werden bevorzugt. §. 59
Ettlingen, 30. Sept. 1919.
Bürgermeisteramt:
Suegel.

Bekanntmachung.
Die Firma **„Hochschule für Musik“**, O. m. b. H. i. L. in **Mannheim** ist erloschen. Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden.
D. 418. 3. 2
Mannheim, 7. Okt. 1919.
Der **Liquidator:**
Dr. **Theodor Alt,** Rechtsanwalt, B. 2, 7.